

Landkreis Wolfenbüttel

Presseinformation Nr. 196/2014

Stellungnahme von Landrätin Christiana Steinbrügge zur Meldung „Suche nach Zwischenlager gestoppt“

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat laut Pressemeldungen die Suche nach einem Zwischenlager für den aus der Asse zu bergenden Atommüll vorläufig ausgesetzt. Das Bundesamt begründet diese Entscheidung mit Streitigkeiten mit der Asse-2-Begleitgruppe (A-2-B).

Dazu stellt Christiana Steinbrügge, die als Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel den Vorsitz der Asse-2-Begleitgruppe führt, fest:

„Ich kritisiere diese Entscheidung. Die Asse-2-Begleitgruppe ist dafür da, den Rückholungsprozess kritisch-konstruktiv zu begleiten. Bisher ist der Begleitprozess ein Erfolg. Aus unserer Sicht soll das so bleiben.“

In der Sache ist die Entscheidung unverständlich, weil das Bundesamt selbst noch im letzten Jahr zu Recht auf die zügige Suche nach einem Zwischenlager gedrungen hat, um keine Verzögerung der Rückholung zu riskieren. Hier waren sich Bundesumweltministerium, BfS und A-2-B stets einig.

Bereits im Dezember 2013 haben das BfS und die A2B sich auf ein Standortsuchverfahren und auch auf Kriterien für die Suche nach einem Zwischenlager geeinigt. Das sind zum Beispiel der Strahlenschutz, das Störfallrisiko oder allgemein der Schutz der Menschen und der Umwelt. Auf dieser Grundlage können alle Standorte auf ihre Eignung hin überprüft werden. Wir erwarten, dass unsere Experten, Geologen, Bergbauingenieure, Physiker, die die A2B fachlich beraten, vollständig über den aktuellen Stand der Erkenntnisse informiert werden.

Der gemeinsam angestrebte Evaluationsprozess ist nicht geeignet, Verzögerungen für die Standortsuche zu begründen. Die Landrätin ruft alle Beteiligten zu einem sachlichen und konstruktiven Miteinander auf und warnt vor einer Verhärtung der Fronten. „Das gemeinsame Ziel der schnellstmöglichen Rückholung der Abfälle sollte uns einen. Der Beteiligungsprozess dient dazu, für Öffentlichkeit und Transparenz zu sorgen und sachliche Entscheidungen vorzubereiten. Er sollte nicht als Belastung empfunden werden“, so die Landrätin.

Wolfenbüttel, 5. Dezember 2014